

## Reine Verhandlungssache

Mit dem Dienstleistungsabkommen GATS werden die Schranken für kommerzielle Bildungsanbieter eingerissen.

Eine wichtige Schlüsselqualifikation von Politikern besteht im Nebelwerfen. Die Neuverhandlung des Dienstleistungsabkommens GATS, die Anfang 2000 bei der Welthandelsorganisation WTO begonnen wurde, liefert dafür treffende Beispiele. *„Von keinem einzigen Land haben wir die Marktöffnung im (...) Bildungswesen gefordert.“* Was Pascal Lamy, der EU-Handelskommissar, noch im Mai im Europaparlament verkündete, ist schon im Juni falsch. Da nämlich wurde bekannt, dass die EU von den USA weitreichende Liberalisierungen im Bereich höherer Bildung verlangt. Gegenforderungen an die Adresse der EU liegen mittlerweile auf dem Tisch.

Auch Bildungsministerin Edelgard Bulmahn eifert ihrem Brüsseler Kollegen nach. *„Wir dürfen Bildung nicht dem Handel überlassen“*, fordert sie in einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau (8.7.02). Wer nun glaubt, die Ministerin würde sich entschlossen der Kommerzialisierung von Bildung entgegenstellen, sieht sich aber getäuscht. Denn kurz darauf heißt es: *„Bildungsdienstleistungen sind Bestandteil des GATS-Übereinkommens (...). Es kann nicht darum gehen, diese Dienstleistungen aus den Verhandlungen auszuschließen, sondern nur darum, die marktfähigen und die nicht marktfähigen Teilbereiche schärfer zu unterscheiden.“* Faktisch haben Unternehmen aber schon längst in allen Stufen des Bildungssystems „marktfähige“ Bereiche identifiziert, die für den internationalen Handel geöffnet werden sollen.

## Expansion des Bildungsmarkts

Besonders dynamisch entwickelt sich der grenzüberschreitende Handel im Hochschulbereich. Ein bedeutsamer Posten ist das Studium im Ausland. Bevorzugtes Zielland der meisten Studierenden sind die USA, die 1999 mit dieser Art des „Exports“ Einnahmen von über 9 Mrd. US\$ erzielten. Die nächsten Plätze belegen Großbritannien, Australien und Kanada. Die dortigen Hochschulen haben jedoch erkannt, dass ihr potenzieller Markt wesentlich größer ist, wenn sie international expandieren. Denn selbst in Entwicklungsländern lassen sich viele Familien die Ausbildung ihres Nachwuchses einiges kosten, können aber einen mehrjährigen Auslandsaufenthalt meist nicht finanzieren. Insofern gibt es einen deutlichen Trend zur Entwicklung günstigerer Angebote vor Ort, um auch dieses Marktsegment abzuschöpfen.

Unterstützt wird dieser Trend durch die dynamische Entwicklung Internet-basierter Bildungsangebote. Fernuniversitäten bieten die gesamte Palette von einzelnen Kursen bis zu kompletten Studiengängen über das Internet an. In den Jahren 1996/97 unterhielten bereits 75% aller britischen Hochschulen Studienprogramme im Ausland. Vermehrt kommt es auch zur Ausgründung von Zweigniederlassungen in den Zielmärkten. Kehrseite dieser Expansion

kostenpflichtiger Studiengänge ist aber, dass die Chancen für ein frei zugängliches staatliches Hochschulwesen sinken.

## Verschärfte Mittelkonkurrenz

Die Bundesrepublik ist derzeit weder ein übermäßig attraktiver Standort für ausländische Bildungsanbieter, noch haben sich deutsche Hochschulen bisher in nennenswertem Umfang am florierenden Exportgeschäft beteiligt. Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), ein von Bertelsmann initiiertes neoliberaler Think Tank, nennt die Gründe: *„Die öffentliche Schul- und Hochschulbildung ist darüber hinaus gebührenfrei, was wiederum die Eintrittsschwelle für die privaten Anbieter (...) sehr hoch setzt“*. Den mangelnden Unternehmergeist deutscher Hochschulen sieht das CHE ebenfalls in der staatlichen Subventionierung begründet. Anders als in Großbritannien, wo Thatcher den Universitäten bei ihrem Amtsantritt 1980 drastisch die Mittel kürzte, fehlen in Deutschland die finanziellen Anreize, um in das Exportgeschäft einzusteigen. Denn *„die deutschen Hochschulen sind nicht gezwungen, sich neue Einkommensquellen im Ausland zu erschließen“*.

Die Klagen der Privatwirtschaft hat die Bundesregierung allerdings längst erhört. Die Kürzung staatlicher Zuwendungen schreitet voran und der Anreiz zur eigenständigen Mittelakquise wird verstärkt. Das GATS kann diese Trends noch forcieren. Die EU hat sich in der letzten Welthandelsrunde in zwei wichtigen Klauseln vorbehalten, dass öffentliche Dienste und deren Subventionierung von den GATS-Bestimmungen ausgenommen werden können. Diese Klauseln sind jedoch in der aktuellen Neuverhandlung durch einzelne WTO-Mitglieder herausgefordert worden. Das Bundeswirtschaftsministerium teilt mit, dass im Hinblick auf Subventionen die *„Forderung nach teilweiser oder vollständiger Streichung der EU-Vorbehalte“* vorgebracht worden sei. Würden diese Klauseln tatsächlich gestrichen, hätten Privat-Unis den gleichen Rechtsanspruch auf Subventionszahlungen wie staatliche Hochschulen. Die Konkurrenz um die jetzt schon bewusst verknüpften öffentlichen Mittel würde weiter angeheizt und der für das staatliche System verbleibende Anteil müsste zwangsläufig sinken.

## Die Zerlegung der Wertschöpfungskette

Aber nicht nur Subventionen werden als Handelshindernisse attackiert. Verlage und andere Firmen verknüpfen mit den GATS-Verhandlungen die Hoffnung, dass ihre Bildungsmaterialien möglichst frei von staatlichen Auflagen weltweit zum Einsatz kommen können. Auch die Anbieter von Bildungstests erhoffen sich einen weiteren Exportschub, so der Weltmarktführer in diesem Segment, die US Firma Educational Testing Services. Daneben nutzen die USA die GATS-Verhandlungen, um die weltweite Anerkennung ihrer Studienabschlüsse voranzutreiben. Derartigen Harmonisierungsbestrebungen kommt die Bundesrepublik mit der Einführung der international verbreiteten „Bachelor“- und „Master“-Abschlüsse bereits entgegen. Mit diesen kostensparenden sechs- bzw. zweisemestrigen Kurzstudiengängen hat die Regierung der Industrie zudem einen unmittelbaren Zugriff auf die

Studieninhalte verschafft. Denn deren Zulassung erfolgt durch Akkreditierungsagenturen, von denen einzelne stark durch Industrievertreter dominiert sind.

Den wenig erquicklichen Endpunkt aller Liberalisierungsbemühungen im Hochschulwesen beschreibt das CHE als tayloristische „*Zerlegung der Wertschöpfungskette*“. Deren Einzelteile – Studieninhalte, Didaktik, Lehrbetrieb, Prüfungen, Zeugnisvergabe, Vertrieb – werden zukünftig von verschiedensten Akteuren bearbeitet. Die Hochschulen degenerieren dabei zu „*content providern*“, von denen „*educational brokers*“ Lehrmodule beziehen und diese marktgerecht zusammenfügen. Nach dieser Vision entscheiden über die „*Stimmigkeit des Gesamtkunstwerks*“ allein die globalen Marktkräfte.

Thomas Fritz, BLUE 21 e.V.

Erschienen in: uni-spezial, Beilage der Tageszeitung *junge welt*, Mittwoch 23.10.2002